

Beschluss der Konferenz der Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen im Bund und den Ländern am 24. und 25. Oktober 2022 in Brüssel

Solide Haushaltspolitik in Zeiten der Inflation

Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen im Bund und den Ländern warnen davor, dass durch die Finanzpolitik der Ampel-Koalition im Bund der Ruin der öffentlichen Haushalte droht. Die Krisen der vergangenen drei Jahre mit Corona, explodierenden Energiekosten, einer wachsenden Inflationsrate und damit einhergehenden zunehmenden Verschuldungszinsen können einen Flächenbrand der Staatsfinanzen entfachen.

Die Ampel-Koalition im Bund verteilt schuldenfinanziert per Gießkanne öffentliche Gelder. Diese Bundesregierung plant in ihrem ersten Regierungsjahr mehr als 500 Mrd. Euro neue Schulden. Diese Neuverschuldung führt zu einer wesentlichen zusätzlichen Zinsbelastung im Milliardenbereich. Die anstehenden, notwendigen Zinsschritte der Europäischen Zentralbank werden diesen Effekt verschärfen. Weitere Zinserhöhungen wird die Europäische Zentralbank machen müssen, um zu ihrer Kernaufgabe - der Wahrung der Geldwertstabilität – zurückzukehren.

Die bisher beschlossenen Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung folgen keinem Gesamtkonzept. Mit der Umschichtung von 60 Mrd. Euro Corona-Mitteln in den Energie- und Klimafonds oder der jüngsten Kreditermächtigung von mehr als 200 Mrd. Euro für den Wirtschaftsstabilisierungsfonds ignoriert die rote Ampel verfassungsgerichtliche Rechtsprechung. Die Ampel-Regierung wählt zuverlässig das falsche Instrument. Jeder neue Haushaltstrick ist ein Frontalangriff auf die Schuldenbremse, angeführt vom Bundesfinanzminister. Deshalb befürchten die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher, dass die Schuldenbremse im Bund und einigen Ländern ausgehöhlt werden soll und der Verfassungsbruch zur Regel wird. Daher befürworten die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Hüterin solider Staatsfinanzen gegen die Umwidmung der Corona-Kreditermächtigungen klagt.

Wir lehnen schuldenfinanzierte und auf Vorrat befüllte Sondervermögen oder Rücklagen für unspezifische Ausgaben ab. Der Bundesrechnungshof stellt zurecht fest, wenn er feststellt, dass das 200 Mrd. Euro-Paket den Grundsatz der Haushaltsklarheit und der Jährlichkeit verletzt. Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher teilen die Einschätzung des Bundesrechnungshofes, der darin eine Verletzung des Grundgesetzes sieht. Eine so wesentliche Neuverschuldung führt zu zusätzlichen hohen Tilgungs- und Zinslasten und damit zu einer langfristigen Verengung der Handlungsspielräume für uns und künftige Generationen.

Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher unterstreichen während ihrer Konferenz in Brüssel, dass Solidität wieder auf allen staatlichen Ebenen zum Grundprinzip nachhaltiger Haushaltspolitik werden muss, sowohl im Bundesgebiet als auch der Europäischen Union. Deshalb fordern wir, dass alle Mitgliedstaaten die Ziele des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder verinnerlichen und die dauerhafte Schuldentragfähigkeit ihrer Haushalte sicherstellen. Auch fordern wir ein Ausgabenmoratorium im Bund. In dieser Haushaltskrise müssen Ausgaben im Großen wie im Kleinen zurückgestellt werden.

Eine Schuldenunion auf europäischer Ebene lehnen wir ab. Die Kreditaufnahme der Europäischen Union von 750 Mrd. Euro im Rahmen des Next Generation EU-Programms muss die Ausnahme bleiben. Etwaige weitere

Aufbauinstrumente sind in der Europäischen Union und in den Mitgliedstaaten aus dem regulären Haushalt zu finanzieren und im Rat der Europäischen Union zu koordinieren. Es darf keine nationalen Alleingänge wie zuletzt das deutsche 200 Mrd. Euro-Paket mehr geben. Bei unserer Tagung hier in Brüssel hat sich der Eindruck bestätigt, dass Deutschland die europäischen Mitgliedstaaten durch sein unabgestimmtes Vorgehen vor den Kopf gestoßen hat und sich damit in der Europäischen Union zunehmend isoliert. Deshalb ist es wichtig, an bewährten Abstimmungsverfahren in der Europäischen Union festzuhalten und zukünftig durch einen europäischen Beihilfenrechtsrahmen zu konkretisieren.

Entlastungen aufgrund der Energiekostenexplosion

Vermutlich werden Bund, Länder und Kommunen dieses Jahr erstmalig mehr als eine Billion Euro (1.000.000.000.000 Euro) Steuern einnehmen. Im Vergleich zum Vorjahr sind dies Steuererhöhungen von knapp 20 Prozent. Und trotzdem sind die öffentlichen Haushalte an ihren Belastungsgrenzen – dabei sind die Herausforderungen durch steigende Zinsen nicht berücksichtigt. Deshalb müssen Entlastungsmaßnahmen zielgerichtet ausgestaltet sein und finanzierbar bleiben.

Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher fordern, dass der Staat sich als Preistreiber zurücknimmt: Deshalb sollten die Strom- und Energiesteuern auf Energieerzeugnisse für die Dauer der Krise auf das europäische Mindestmaß zurückgeführt werden. So würden Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger ohne zusätzlichen Bürokratieaufwand bei den hohen Energiepreisen entlastet werden. Überproportional würden einkommensschwache Haushalte profitieren, weil sie einen höheren Anteil an ihrem Haushaltsnetto für Energie ausgeben.

Ungeeignete Ausgaben sollten hingegen unterbleiben. Die bisherigen Maßnahmen der Ampel-Koalition wirken überwiegend ziellos, willkürlich und inflationstreibend. Die Energiepreispauschale und die angekündigte Gaspreisbremse verpuffen, statt dass die Bundesregierung auf der Angebotsseite durch Maßnahmen die Energiepreise zu senkt.

Mit Sorge sehen wir auch, dass die beschlossenen Auszahlungen zu unnötigen Belastungen bei Arbeitgebern und in den Finanzämtern führen. Es ist bisher einmalig, dass eine Maßnahme wie die Auszahlung der Energiepreispauschale über die Lohnsteuer laut Gesetzgebung dazu führt, dass *„die zeitgerechte Durchführung der Veranlagungskampagne 2023 gefährdet“* (BT-Drs. 20/1765) ist.

Abschließend verurteilen die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher, dass der Bund über die Köpfe der Länder hinweg teure Ausgabenprogramme verkündet. Es kann nicht sein, dass die Maßnahmen sich massiv auf die Handlungsspielräume von Ländern und Kommunen auswirken und die Betroffenen davon aus der Zeitung erfahren müssen. Das ist schlechter Stil.